

Gewerkschaft liche Monatshefte 4'77

Heinz O. Vetter

Gewerkschaftliche Solidarität in unserer Zeit

Wenn heute der Begriff „Solidarität“ fast zu einem Modewort geworden ist und für alle möglichen Bestrebungen in Anspruch genommen wird, so erscheint es notwendig daran zu erinnern, daß dieser Begriff vor mehr als einem Jahrhundert von der damals entstehenden Arbeiterbewegung geprägt worden ist. Solidarität bedeutete für die rechtlosen und ausgebeuteten Proletarier in dem anbrechenden Industriezeitalter den festen Zusammenschluß und das Einstehen füreinander im Kampf um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und eine menschenwürdige Existenz. So wurde die Solidarität zum Grundprinzip für die Entwicklung und die Aktivität der Gewerkschaften, und dieses Grundprinzip ist bis heute unverändert gültig.

Nur durch den solidarischen Zusammenhalt der einzeln Ohnmächtigen zum gemeinsamen Handeln gelang es, Schritt für Schritt politische, soziale und wirtschaftliche Rechte für die Arbeitnehmer durchzusetzen. Das hat immer wieder harte und schwere Kämpfe erfordert und unzählige Opfer gekostet. Mit dem Begriff Solidarität ist eine Verpflichtung an uns überliefert, die wir nie vergessen dürfen, wenn wir unser Ringen um eine gerechtere Gesellschaft erfolgreich fortsetzen wollen. Und diese Solidarität der arbeitenden Menschen hat vom Beginn unserer Bewegung an niemals an den Grenzen Halt gemacht. Daran mahnen jedes Jahr erneut die Maikundgebungen. Seit 1890 wurde der 1. Mai stets als internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiter begangen.

I.

Es geht aber keineswegs nur um historische Reminiszenzen. Wir stehen heute vor neuen, schwerwiegenden Problemen. Es sind andere als in der Vergangenheit, aber sie erfordern die Solidarität aller Arbeitnehmer vielleicht mehr denn je. Im Zeitalter der zwar von Rückschlägen immer wieder unterbrochenen, insgesamt jedoch fortgesetzten wirtschaftlichen Expansion ist es den Gewerkschaften gelungen, die materielle Basis und die Rechte der Arbeitnehmer ständig zu verbessern und für sie einen größeren Anteil am wachsenden Sozialprodukt zu erstreiten. Jetzt aber stößt die moderne Industriegesellschaft offensichtlich an gewisse Grenzen für eine weitere wirtschaftliche Expansion.

Es zeigt sich immer mehr, daß man die auf der Erde vorhandenen Rohstoffquellen nicht schrankenlos ausbeuten und die Natur nicht im Dienst der Technik lebensgefährlich ausplündern kann. Wenn wir unsere Lebensqualität nicht bedrohlich verschlechtern wollen — worunter vor allem die arbeitenden Menschen und ihre Familien zu leiden hätten —, dann darf das ökologische Gleichgewicht nicht zerstört werden. Das heißt: Es darf kein wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis geben.

Unsere solidarische Gemeinschaft muß allerdings verhindern, daß sich die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis einseitig zuungunsten der Arbeitnehmer auswirken. Wir brauchen deshalb dringend die Entwicklung neuer Arbeits- und Berufsmöglichkeiten, um die Existenz und den Lebensinhalt für viele Millionen Menschen zu sichern. Größte Bedeutung gewinnt unter diesen Umständen die gewerkschaftliche Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung des Rechtes auf Arbeit. Erst damit würden die Voraussetzungen geschaffen, um den Artikel 12 unseres Grundgesetzes zu erfüllen, nach dem alle Deutschen das Recht haben, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“.

Die Gewährleistung der Vollbeschäftigung und gleicher Berufschancen ist zum zentralen Problem unserer Tage geworden. Die bereits ins dritte Jahr sich hinziehende Massenarbeitslosigkeit ist eine Herausforderung für die Gewerkschaften. Die Prophezeiung, daß sich mit einer Wirtschaftsbelebung die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder entscheidend verbessern wird, stellt sich immer mehr als falsch heraus. Trotz des inzwischen eingetretenen Aufschwungs in vielen Branchen antworteten nicht weniger als 40 Prozent der Unternehmer auf eine Umfrage Anfang dieses Jahres, daß sie ihren Personalbestand 1977 weiter verringern wollen. Diese Ankündigung wird inzwischen durch ständig neue Massenentlassungen bestätigt.

Hatte die Bundesregierung erwartet, durch eine Begünstigung der Investitionen der privaten Wirtschaft die Beschäftigung anzukurbeln, so hat sich das als eine Täuschung erwiesen. Die Unternehmer haben zum allergrößten Teil diese Anreize benutzt, um durch Modernisierung ihrer Anlagen noch mehr Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Auch die im vergangenen Jahr erheblich gestiegenen Gewinne bei zu-

rückhaltender Lohnpolitik haben die Unternehmer keineswegs veranlaßt, mehr Arbeitnehmer einzustellen. Ihre Behauptung, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik Arbeitslosigkeit verursache, ist damit eindeutig widerlegt. Nachweisbar kann ein Rückgang der Massenkaukraft nur den Teufelskreis beschleunigen, der zu immer größerer Erwerbslosigkeit führt. Wenn die Nachfrage sinkt, fällt auch die Produktion ab, und in einer Wirtschaft mit unausgelasteten Kapazitäten denken die Unternehmer nicht an Erweiterungsinvestitionen.

So sehr es also notwendig ist, die Massenkaukraft zu stärken, um für jedermann in unserem Lande den Erwerb nicht nur kurz-, sondern auch langlebiger, technisch höherwertiger Güter zu ermöglichen, so ist andererseits eine gewisse Marktsättigung in den Industrieländern nicht zu übersehen. Das erfordert neue Formen der Innovationstätigkeit und der Strukturpolitik im privaten wie im öffentlichen Bereich.

II.

Tatsächlich befinden wir uns gegenwärtig mitten in einer Phase tiefgreifender Veränderungen unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Damit sind die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit ausschlaggebend geworden, und wenn sie nicht zu einer Dauererscheinung werden soll, ist eine entsprechende Änderung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dringend erforderlich. Setzt doch z. B. allein die schnell fortschreitende Entwicklung der Mikro-Elektronik und der Minicomputer immer mehr Arbeitskräfte frei. In der Bundesrepublik werden damit in absehbarer Zeit annähernd 3 Millionen Arbeitsplätze bedroht, falls nicht rechtzeitig vorausschauende beschäftigungspolitische Maßnahmen ergriffen werden.

Angesichts dieser immensen Gefahren wirkt es wie das Rezept eines Kurpfuschers, wenn Unternehmer und Marktwirtschaftsideologen immer wieder auf die angeblich „selbstheilenden Kräfte der Marktwirtschaft“ vertrösten. Dieses Rezept hat in den letzten drei Jahren auf dem beschäftigungspolitischen Gebiet eindeutig versagt, und es wäre verantwortungslos gegenüber dem Schicksal von Millionen arbeitender Menschen, hier auf ein neues „Wirtschaftswunder“ zu hoffen. Die kapitalistische Industriegesellschaft ist in ein Stadium eingetreten, wo sie ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer mehr Arbeitsplätze vernichtet als sie gleichzeitig an anderer Stelle neu schafft. Ganze Berufssparten sind zum Aussterben verurteilt. Denken wir nur an das Beispiel der Maschinensetzer, die durch den Computersatz verdrängt werden.

III.

In dieser kritischen Situation muß sich die Solidarität aller Arbeitnehmer erneut und verstärkt bewähren. Die Beschäftigten müssen die Sorgen und Forderungen ih-

rer aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Kollegen und Kolleginnen zu ihren eigenen machen. Die Gewerkschaftsbewegung als solidarische Gemeinschaft ist verpflichtet, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht zum Grundübel unserer Zeit wird. Das setzt voraus, daß die Lösung dieser Schicksalsfrage nicht länger allein von Unternehmerentscheidungen und privaten Gewinnerwartungen abhängig bleibt.

Die angesehene Baseler Wirtschaftsforschungsgesellschaft *Prognos AG* hat erst dieser Tage in einer Untersuchung der gegenwärtigen Wirtschaftslage bestätigt, daß die Selbststeuerungskräfte des Marktes nicht in der Lage sind, die hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Vorgeschlagen wird die Bildung von Wirtschafts- und Sozialausschüssen sowie von Branchenausschüssen für bestimmte Wirtschaftszweige und erforderlichenfalls die Aufstellung von Branchenplänen und Investitionskordinationsstellen. Das entspricht seit langem erhobenen Forderungen des DGB, die jetzt besonders aktuell geworden sind.

Es geht um die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf gesamtwirtschaftlicher Ebene - bundesweit, in den Ländern und regional -, um eine Strukturpolitik durchzusetzen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung voll berücksichtigt. Die Auswirkungen der Rationalisierung auf die Arbeitsplätze müssen durch fundierte Analysen und Prognosen für die einzelnen Wirtschaftszweige eingehend geprüft werden. Bei der Inanspruchnahme staatlicher Mittel durch die Privatwirtschaft ist durch Erfolgskontrollen zu gewährleisten, daß nachweisbar neue Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Vordringlich sind vorausschauende Maßnahmen für besonders gefährdete Regionen und Beschäftigungsgruppen. Diese Vorschläge sind durch entsprechende staatliche Planung unter Beteiligung der Gewerkschaften zu verwirklichen.

Von der Regierung fordert der DGB ein 20-Milliarden-DM-Programm für die nächsten vier Jahre, damit die Massenarbeitslosigkeit wirklich erfolgreich bekämpft werden kann. Es geht hierbei nicht in erster Linie um eine „Konjunkturspritze“ für die Privatwirtschaft, die nur vorübergehend eine Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bringen kann. Vielmehr geht es vor allem in Anknüpfung an die reformpolitischen Ziele um die Förderung von Gemeinschaftsaufgaben und den Ausbau der Infrastruktur. Abwasserbeseitigung und Säuberung unserer Flüsse, Reinhaltung der Luft und Sicherung der Trinkwasserversorgung, Verbesserung der Verkehrssicherheit und Küstenschutz, Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus und Errichtung von Grün- und Erholungsanlagen, Altstadtsanierungen und Schaffung von Einrichtungen zur sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger — damit sind nur einige Aufgaben angesprochen.

Auf allen diesen Gebieten gibt es enorme Arbeitsmöglichkeiten, die ohne Verzögerung wahrgenommen werden könnten. Notwendig ist es nur, die öffentlichen

Investitionen, die im vergangenen Jahr nur ein Sechstel aller Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik ausmachten und sogar im Rückgang begriffen sind, ganz entscheidend zu erweitern. Anlagebereite Mittel dafür dürften genügend zur Verfügung stehen, werden doch beispielsweise in diesem Jahr allein rund 25 Milliarden DM aus alten Prämiensparverträgen frei. Eine entsprechend verstärkte Kreditaufnahme der öffentlichen Hand wäre durchaus vertretbar, weil sich vermehrte öffentliche Investitionen alsbald in höheren Steuereinnahmen und verringerten Kosten der Arbeitslosigkeit niederschlagen. Ein Arbeitsloser verursacht für die öffentlichen Haushalte Ausgaben sowie Einnahmeausfälle in Höhe von 18 500 DM jährlich. Damit bringen schon 100 000 neue Arbeitsplätze Haushaltsverbesserungen von fast 2 Milliarden DM pro Jahr.

IV.

Es ist aber nicht nur eine volkswirtschaftliche Verschwendung, mehr als eine Million Arbeitswilliger aus dem Produktionsprozeß auszuschließen, sondern auf die Dauer eine menschlich unerträgliche Zumutung für die betroffenen Arbeitnehmer. Neben der erzwungenen Herabsetzung ihres Lebensstandards sind es vor allem die psychischen Belastungen, unter denen die Arbeitslosen und ihre Familien zu leiden haben. Entfremdung von unserem demokratischen Staat und Gesellschaftsfeindlichkeit können die Folgen sein. Diese Gefahr ist besonders unter den jugendlichen Erwerbslosen gegeben.

Hier muß die Solidarität der gesamten Arbeitnehmerschaft dafür sorgen, daß nicht ein Teil unserer jungen Menschen einfach aus der gesellschaftlichen Entwicklung ausgesperrt wird. Wenn die Bundesanstalt für Arbeit schätzt, daß aus den heute schon über 100 000 arbeitslosen Jugendlichen in der Bundesrepublik bis 1980 mehr als 300 000 werden könnten, dann muß eine solche Entwicklung mit allen Mitteln verhindert werden. Vorrangig fordern wir die Einführung des zehnten berufsorientierten Vollzeit-Pflichtschuljahres - und zwar bis 1978. Damit würde zugleich einer bildungspolitischen Notwendigkeit entsprochen, die sich aus den steigenden Qualifikationsanforderungen im Berufsleben ergibt. Mit der Einführung des 10. Schuljahres könnte schlagartig auch die Arbeitslosigkeit bei den Junglehrern beseitigt werden.

Ferner muß die Regierung unverzüglich gemäß dem neuen Berufsausbildungsplatz-Förderungsgesetz die Einführung der Berufsbildungsabgabe und die damit verbundene Förderung der Ausbildungsplätze sichern. Ein Zurückweichen vor dem Widerstand der Unternehmer würden die Gewerkschaften nicht hinnehmen, nachdem die Berufsbildungsreform schon durch Rücksichtnahme auf Unternehmerinteressen viel zu sehr verwässert worden ist. In diesem Zusammenhang sind nicht zuletzt alle Betriebsräte aufgerufen, in den Unternehmen solidarisch für die beruflichen Interessen der jungen Arbeitnehmer einzutreten.

V.

Ganz allgemein müssen wir angesichts all der Schwierigkeiten und Probleme, die sich bei der Sicherung der Arbeitsplätze ergeben, darauf achten, daß nicht vermeintliche Interessengegensätze unter den Arbeitnehmern von ihren Gegnern hochgespielt werden. Das betrifft sowohl die falsche Parole, daß verheiratete Frauen von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden müßten, als auch die Forderung nach einem Hinauswurf der ausländischen Kollegen und Kolleginnen. Der DGB hat darauf beharrt, daß der Anwerbestopp für Ausländer aufrechterhalten wird - und zwar im Interesse aller Beschäftigten in der Bundesrepublik, also auch der hier bereits tätigen Ausländer. Andererseits ist der DGB aber auch dafür eingetreten, daß die rund 45 000 ausländischen Jugendlichen, die in den vergangenen beiden Jahren legal in die Bundesrepublik zu ihren Familien eingereist sind, nicht länger durch ein Arbeitsverbot diskriminiert und möglicherweise in die Illegalität, wenn nicht Kriminalität getrieben werden.

An diesen Beispielen zeigt sich, was Solidarität in der Praxis heute bedeutet. Ihre Bewährung ist um so wichtiger, als gewisse Entsolidarisierungstendenzen nicht zu übersehen sind. Das betrifft vorwiegend den Bereich der Angestellten. Die in letzter Zeit verstärkt von der DAG (von der Union Leitender Angestellter ganz zu schweigen) gemeinsam mit Splitterverbänden unterschiedlichster Couleur betriebene Politik der Gruppeninteressen kann sich nur zum Schaden der Gesamtheit der Angestellten auswirken. Dabei wäre gerade hier Geschlossenheit notwendig, sind doch die Angestellten in wachsendem Maße durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bedroht. Allein die erwartete Einführung von Schreibautomaten kann eine Million Arbeitsplätze überflüssig machen.

VI.

Solidarisch muß in unserer Gewerkschaftsbewegung auch die Frage entschieden werden, wie sehr sich die künftige Gewerkschaftspolitik auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit konzentrieren muß. Es geht darum, ob der enorme Produktivitätszuwachs - allein in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres belief er sich auf 8,7 Prozent - den Arbeitnehmern nicht nur beim Einkommen, sondern auch in einer Verringerung ihrer Arbeitszeit zugute kommen soll. Das wäre schon deshalb anzustreben, weil die Steigerung der Produktivität zu einem immer stärkeren Leistungsdruck und Streß für die Beschäftigten führt und ihre Gesundheit zunehmend bedroht.

In welcher Form auch immer mehr Freizeit für die Arbeitnehmer geschaffen wird - durch mehr oder größere Arbeitspausen, durch Kürzung der Wochenarbeitszeit, durch Verlängerung des Urlaubs oder durch Herabsetzung der Altersgrenze -, in je-

dem Fall können dadurch Arbeitsplätze geschaffen oder wenigstens erhalten werden. In den letzten 16 Jahren hat sich die Gütererzeugung unserer Wirtschaft verdoppelt, während der Arbeitsaufwand dafür von 56 auf 46 Milliarden Wochenstunden zurückgegangen ist. Wären nicht im gleichen Zeitraum durch die Politik der Gewerkschaften die Arbeitswoche von 48 auf 40 Stunden gemindert, der Jahresurlaub ganz erheblich erweitert und die flexible Altersgrenze eingeführt worden, dann hätten wir schon viel früher eine anhaltende Massenarbeitslosigkeit gehabt und stünden heute vor einem Fiasko auf dem Arbeitsmarkt. Hier erweist sich, wie fadenscheinig alle Einwände der Arbeitgeber gegen die Arbeitszeitverkürzung sind. Damit scheint aber auch der Weg vorgezeichnet, den die Gewerkschaften weiterhin gehen müssen, um das vorrangige Ziel - die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung

-
zu erreichen.

Ein unmittelbarer erster Schritt könnte schon durch einen Abbau der Überstunden getan werden. Immerhin werden nach den letzten Berechnungen 6 Prozent aller in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden als Überstunden erbracht. Das ist angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen, aber auch im Hinblick auf die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren zweifellos zuviel. Es zeigt sich, daß manche Unternehmer vermehrt Überstunden von der Belegschaft verlangen anstatt den Einstellungsstopp aufzuheben. Auch hier sind die Betriebsräte aufgefordert, sich zur Wehr zu setzen und die ihnen in dieser Frage zustehenden Mitbestimmungsrechte so weit, wie nach den Bestimmungen möglich, wahrzunehmen.

Entscheidend kommt es allerdings auf eine Änderung der Arbeitszeitordnung an, die in ihrer jetzt gültigen Form aus dem Jahre 1938 stammt und noch von einer Normalarbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich ausgeht, die durch Überstunden bis zu 60 Stunden ausgedehnt werden darf. Es ist dringend notwendig, in einer Neuregelung die 40-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit festzulegen, wobei Überstunden nur noch bei plötzlich auftretendem außergewöhnlichem Arbeitsanfall zulässig sein sollten. Natürlich kann eine solche Begrenzung der Überstunden kein Grundinstrument zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit werden, aber sie könnte ebenso wie eine energische Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Leiharbeit Zeichen setzen, daß alles getan wird, um die Beschäftigungslage zu verbessern.

VII.

Im übrigen kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die Probleme der Arbeitslosigkeit und der weiteren Entwicklung unserer Industriegesellschaft nicht isoliert in der Bundesrepublik gelöst werden können. In der Europäischen Gemeinschaft waren Ende vergangenen Jahres weit mehr als 5 Millionen Arbeitnehmer ohne Arbeit, und die Erwerbslosenquote war in den meisten anderen EG-Staaten höher als in der Bundesrepublik. Im Europäischen Gewerkschaftsbund muß daher die Soli-

darität über die Staatsgrenzen hinweg zu gemeinsamem Vorgehen führen, um das Recht auf Arbeit in allen Ländern unseres Kontinents zu sichern.

Darüber hinaus sind wir im besonderen den Menschen in den Entwicklungsländern verpflichtet. Eine erheblich verstärkte Entwicklungshilfe, die nach unseren Vorstellungen unabdingbar mit sozialen Bindungen verknüpft sein muß, liegt zugleich in unserem eigenen beschäftigungspolitischen Interesse. Denn hier gibt es einen praktisch unbegrenzten Bedarf an Investitionsgütern, der im Rahmen langfristiger Abkommen zum gegenseitigen Nutzen befriedigt werden könnte, wenn die Bundesrepublik aus ihrer großen Devisenreserve die Finanzierung über lange laufende zinsgünstige Kredite ermöglichen würde.

Sowohl in der erdumspannenden Nord-Süd-Auseinandersetzung um einen gerechten wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich zwischen armen und reichen Völkern als auch im Kampf gegen die Ausbeutung durch die ganze Volkswirtschaften und Staaten beherrschenden multinationalen Konzerne muß sich die internationale Solidarität der Arbeitnehmer bewähren. Gewerkschaftliche Solidarität in unserer Zeit bedeutet die Sorge um alle Hungernden und Unterdrückten in dieser Welt. Wo immer Menschen-, Freiheits- und Gewerkschaftsrechte verweigert werden, wo menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen, wo es immer noch Rassendiskriminierung gibt, muß die internationale Gewerkschaftsbewegung ihre Stimme erheben, wirksame Solidaritätsaktionen durchführen und den Verfolgten helfen.

VIII.

Insgesamt gesehen sind die Aufgaben der Gewerkschaften heute nicht geringer, sondern umfangreicher und noch verantwortungsvoller geworden. Wir werden sie nur erfüllen können, wenn wir unsere Mitglieder entsprechend motivieren und aktivieren. Das erfordert auch eine Überprüfung unserer eigenen Organisation. Wir müssen den Gefahren, die aus einer Erstarrung unserer Bewegung erwachsen können, rechtzeitig begegnen. Die Gewerkschaften dürfen niemals zu einem unpersönlichen, bürokratischen Apparat werden, sondern müssen immer wieder neue Wege suchen, um die Kommunikation mit allen Mitgliedern zu gewährleisten und die breite Mitgliedschaft an allen Entscheidungen und Aktivitäten zu beteiligen.

Der ständige enge Kontakt mit den arbeitenden Menschen und die Durchschaubarkeit unserer gesamten Tätigkeit sind von besonderer Bedeutung bei der Lösung umstrittener Probleme, die gegenwärtig unser Volk stark beschäftigen. Ob es um die Verteilung der Lasten bei der Erhaltung und Verstärkung unseres Netzes der sozialen Sicherheit oder um den Konflikt zwischen dem Umweltschutz und dem Ausbau der Energieerzeugung geht, die dabei aufgetretenen Interessengegensätze können nur durch einen fairen Ausgleich bereinigt werden. Unsere Antwort auf diese Fragen, die besonders im Fall der Atomkraft von großer Tragweite ist, muß vom Willen

der Mitglieder getragen und im Geiste der Solidarität gefunden werden. So ist und bleibt die gewerkschaftliche Solidarität der Angelpunkt unserer Politik, und ihre Bedeutung in unserer Zeit muß auch bei der bevorstehenden Neufassung unseres Grundsatzprogramms entsprechend gewürdigt werden.